

Umsiedlungs- und Kolonialisierungspolitik in Sri Lanka – Durchführung von 1930 bis in die Gegenwart –



Staatlich geförderte Umsiedlungsprogramme haben in Sri Lanka eine lange Tradition: die ersten Experimente fanden schon im späten 19. Jahrhundert statt. Während der vergangenen 50 Jahre sind im Rahmen von 'großen und 'kleinen' Programmen über 408.000 Familien auf mehr als 400.000 Hektar Land neu angesiedelt worden. Die meisten Programme in der 'Trockenzone' (die Gebiete der Nordzentral- und Nordostprovinz) gingen mit Bewässerungsprojekten einher.

Seit einigen Jahren ist die Boden- und Siedlungspolitik gewissen Veränderungen unterworfen, um sie der 'neuen' Strategie der jetzigen Regierung anzupassen. Die Trockenzone soll zu einem Anziehungspunkt für Aktivitäten der Agro-Industrie werden, wozu auch der Anbau auf Kontraktbasis zählt. Das Interesse der Regierung an Wirtschaftswachstum und Kosteneffizienz zeigt Wirkung auf Umsiedlung und Produktion der Bauern. Die neuen Elemente werden die Differenzierung sicher noch beschleunigen. Der agrarische Wandel im gegenwärtigen Kontext hat die Bauernschaft stark in den Weltmarkt einbezogen.

Die Politik der 'Bewahrung der Bauernschaft'

Sicherlich war die Politik der geförderten Landkolonisierung, wie sie in den 30-er Jahren Form annahm, keine Reaktion der Regierung auf eine organisierte Bedrohung der landbesitzenden Gruppen durch die Bauernschaft. Die Idee der 'Erhaltung' und 'Rehabilitation' der Bauernschaft war ein Hauptprogramm einer lautstarken Gruppierung englischer Bürokraten, um die sich verschiedene Mitglieder der einheimischen Elite gruppierten. Dazu zählten D.S. Senanayake, der im Staatsrat Minister für Landwirtschaft und Boden war

und nach der Unabhängigkeit 1948 erster Premierminister der Insel wurde, als auch F.R. Senanayake, ein älterer Bruder von D.S. Senanayake, Sir James Pieries, Sir Baron Jayatilaka und K. Balasingham, die für eine Wiederbelebung der Bauern-Gemeinschaften als einer Klasse 'unabhängiger Besitzer' plädierten.

Diese Forderung vertrat am deutlichsten Sir Hugh Clifford, ab 1925 Gouverneur. Sie wurde auch im Bericht der 'Land Commission' von 1929 vorrangig behandelt. B.H. Farmer bemerkte dazu in seinem Ende

der 50-er Jahre erschienenen Buch 'Pioneer Peasant Colonization in Ceylon': "Noch 1927 waren die ceylonische Regierung und viele einflußreiche Ceylonesen der Meinung, daß die Bauernschaft durch neuartige Einflüsse geschwächt worden sei und vor dem Verderb geschützt werden müsse; ein individueller, unabhängiger Besitzstand des Bauern sei wünschenswert." Zu einer Angelegenheit von besonderer Wichtigkeit wurde die staatlich geförderte Bauernumsiedlung jedoch erst nach 1931. Vorher hatte die Regierung sporadische Versuche mit experimentellem Charakter unternommen. Das Jahr 1931, in das die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts und die 'begrenzte Selbstverwaltung' durch einen 'Staatsrat' (state council) fielen, stellt einen Wendepunkt in der Haltung der politischen Machthaber gegenüber der Bauernschaft dar.

Ab diesem Zeitpunkt wurde die staatlich geförderte Bauernumsiedlung von zwei Erwägungen geleitet: Auf politischer Ebene vom Bedürfnis der herrschenden Klasse, im Zusammenhang mit einer Wahlstrategie die verarmte Bauernschaft, der keine Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftssektoren zur Verfügung standen, mit diversen wohlfahrtsstaatlichen Mitteln zu befriedigen. Andererseits traten immer wieder Engpässe bei der Nahrungsmittelversorgung auf, so daß diese zum großen Teil importiert werden mußten. Der Versuch der Regierung, größere Investitionen in den Nahrungsmittelproduktionsbereich zu lenken, stellte sich jedoch als Fehlschlag heraus. Zum Zwecke der Produktionssteigerung blieb die kleinbäuerliche Landwirtschaft die einzige Alternative.

Kontroversen

D.S. Senanayake bewies als Vertreter der einheimischen herrschenden Klasse dieser Zeit eine bemerkenswerte Weitsicht. Er erkannte die Notwendigkeit einer Strategie der 'Rehabilitation der Bauern' als Mittel zum Aufbau einer festen politischen Basis in einem sich entwickelnden parlamentarischen System mit allgemeinem Wahlrecht. Die hitzige Debatte, die entbrannte, als Senanayake als Landwirtschaftsminister 1939 das "Gesetz zur geförderten Landkolonisierung" im Staatsrat einbrachte, machte klar, daß politischen Erwägungen Vorrang vor Fragen der Wirtschaftlichkeit gegeben wurde. Das Umsiedlungsprogramm von 1939 beruhte auf einem Bericht des Exekutivkomitees für Landwirtschaft und Boden, das 1931 vom Staatsrat eingesetzt worden war. Das Komitee war damit beauftragt, Empfehlungen für ein Programm zur "geförderten Landkolonisierung" zu geben, das "Arbeit für den Bevölkerungsüberschuß und eine erhöhte Nahrungsmittelproduktion" bieten sollte. Es stellte fest, daß "wegen des Produktionsrückgangs unserer wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse große Massen in den Städten ihre Arbeit verloren haben. Soweit wir es im Augenblick absehen können, werden beträchtliche Teile von ihnen nie wieder in den Industriebereichen unterkommen können, in denen sie bis vor kurzem beschäftigt waren. Diesen Leuten muß jeder erdenkliche Anreiz geboten werden, auf das Land zurückkehren zu können.

Denn von dort war die Mehrzahl von ihnen während der vergangenen zwei oder drei Jahrzehnte gekommen." Das Komitee nannte die angesprochene Problematik "die dringende, die vom Staatsrat zu lösen" sei und fuhr fort: "Dieser Rückgang kommt zu einer Zeit, in der es zum raschen Anwachsen der Bevölkerung in der Feuchtzone kommt (im Südwesten der Insel, d.Red.)". Das Komitee empfahl die Erschließung neuer Siedlungsgebiete, in denen Neusiedler mit Unterkünften, einem Gesundheitsdienst sowie anderen Diensten versorgt werden sollten. Infolge der großen Depression existierte eine tiefe Wirtschaftskrise zwischen 1929 und 1931. Das Komitee sah im landwirtschaftlichen Siedlungswesen die einzige Antwort auf die Arbeitslosigkeit in den Städten und den "Landhunger" in den Dörfern. Im Staatsrat wurde das empfohlene Kolonisierungsprogramm jedoch zum Streitpunkt. Oppositionelle Abgeordnete wie Dr. N.M. Perera und Philip Gunawardene waren harte Kritiker.

Senanayakes Ideen

Vor dem näheren Eingehen auf diese Debatte wäre es angebracht, die Ideen D.S. Senanayakes zur Bauernfrage zu betrachten, die er in einem 1935 geschriebenen Buch mit dem Titel 'Landwirtschaft und Patriotismus' erläutert hat (zum damaligen Zeitpunkt war er bereits Minister für Landwirtschaft und Boden). Darin heißt es: "Es ist völlig klar, daß die Schaffung, oder besser gesagt, Wiederherstellung einer dörflichen landbesitzenden Schicht notwendig ist, wenn in der landwirtschaftlichen Entwicklung Fortschritte gemacht werden sollen." Unter Berufung auf Sir Hugh Clifford, dem kolonialen Gouverneur, von dem er sich inspirieren ließ, vertrat er die Ansicht, die Zeit sei gekommen, "Maßnahmen zu erwägen, die die Zahl der Kleinbetriebe multiplizieren und eine Vielzahl blühender, selbständiger und landbesitzender Kleinbauern mit Selbstachtung hervorbringen."

In Senanayakes Plan hatten auch gebildete Farmer aus der wohlhabenderen Mittelschicht ihren Platz. Sie sollten im Zuge des "Aufbaus einer ländlichen Zivilisation" den Kleinbauern als Beispiel für modernen Ackerbau dienen. Solch eine Vision läßt sich als Glaube an eine unabhängige Bauernschaft als Basis landwirtschaftlicher Entwicklung interpretieren. Eine weitergehende logische Konsequenz aus dieser Überzeugung wäre eine Landreform mit dem Ziel der Umstrukturierung der bestehenden Landbesitzverhältnisse, einschließlich der auf den Plantagen. Doch Senanayake schlug diesen Weg nicht ein. Stattdessen entschied er sich für eine Strategie, die die koloniale Agrarstruktur unangetastet ließ und fortan den kleinbäuerlichen Anbau auf bisher nicht genutzten Flächen in der Trockenzone forcierte. Innerhalb seines Denkschemas, das stark von der herrschenden Schicht beeinflußt wurde, erkannte er zwar einige Probleme des bäuerlichen Haushaltes. Wegen der Klasseninteressen, die ihn banden, sah er jedoch nicht ein, daß die Probleme genau von den Strukturen verursacht wurden, die er nicht reformieren wollte. In seinem Buch sprach er die

Probleme an, die aufgrund der Besitzzersplitterung durch Erbteilungen bis hin zu unwirtschaftlichen Einheiten auftraten. Ferner kritisierte er die Praktiken privater Geldverleiher auf dem Kreditmarkt. Er sah diese Faktoren als Entwicklungshindernisse an: "Wenn Kredite unsicher, die Kosten dafür übergebührend hoch und Schuldner der Gefahr der Rückforderung je nach Laune des Gläubigers ausgesetzt sind, kann kaum landwirtschaftliche Entwicklung erfolgen." Er befürwortete staatliche Interventionen, um erschlossenes Land mit 'beschränktem Besitztitel' (restricted tenure) und institutionalisiertem Kreditangebot zur Verfügung zu stellen. Die Bevölkerung Ceylons, so argumentierte er, sei "aus Tradition daran gewöhnt, bei der Regierung um Hilfe nachzusuchen", doch die Regierung sei "in die Bequemlichkeit des Laissez-faire verfallen." Dies stelle eine gefährliche Tendenz dar.

Kontroverse Debatten

Die Debatte um die staatlich geförderte Landkolonisierung fand im Februar 1939 im Staatsrat statt. Hauptkritiker des Plans zur Umsiedlung von Bauernfamilien in die Trockenzone waren - wie bereits erwähnt - Philip Gunawardene und Dr. N.M. Perera, beides führende Abgeordnete der linksgerichteten trotzkistischen 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP). Gunawardene brachte vor, daß in der Feuchtzone, vor allem in der Süd- und Westprovinz, eine Fläche von 4.000 bis 6.000 Hektar Reisland unter den Pflug gebracht werden könnten, wenn die Regierung bereit wäre, Be- und Entwässerungsinfrastruktur bereitzustellen. Die Kosten dafür seien niedriger als die, die für geplante Projekte in der Trockenzone aufgebracht werden müßten. Er sprach sich für die Schaffung von Großbetrieben von 2.000 bis 5.000 Hektar u.a. zur Produktion von Früchten aus. Investitionen in den Reisanbau seien für das 'Kapital' nur wenig interessant, weil "sie dem Anleger nicht die durchschnittliche Profitrate bringen, die er durch andere Formen des Anbaus erhalten kann." N.M. Perera bezweifelte die wirtschaftliche Rechtfertigung einer Ausgabe von über 14 Millionen Rupien für ein Projekt ohne Erfolgsaussicht. Ausführlich erörterte er, warum es dem Projekt des Landwirtschaftsministers an Orientierung und Zielstrebigkeit fehle. Aus einem Bericht zur wirtschaftlichen Lage im Raum von Puttalam (Nordwestprovinz) zitierte er: "Die Vermischung von Zielen ist oft für den Mißerfolg verantwortlich. Wir sollten uns darüber Klarheit verschaffen, ob unser Ziel die Erhöhung der Nahrungsmittelerzeugung oder die Schaffung einer Bauernschaft oder einfach der Abbau der Überbevölkerung in anderen Gebieten ist oder ob wir etwas für die Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten des Landes tun wollen."

Dr. Perera war der Auffassung, die Umsiedlung der Bauern aus überbevölkerten Gebieten auf die bewohnbaren Gebiete des Südens des Landes zu beschränken. In der Trockenzone hingegen sollten nur wirtschaftliche Programme zur Nahrungsmittelerzeugung in großem Stil unter Verwendung von Maschinen durchgeführt werden. Die früheren Umsiedlungsvorhaben des Ministers seien wirtschaftliche Fehlschläge gewesen, da bei Kapital-

ausgaben von 3 Millionen Rupien nur 1.600 Personen auf einer Fläche von 2.000 Hektar angesiedelt worden seien. Außerdem beschuldigte er den Landwirtschaftsminister, den Finanzminister unter Druck gesetzt zu haben, damit dieser seinem unvernünftigen und unwirtschaftlichen Plan zustimme.

Die Vermischung von Zielen, die N.M. Perera und der Bericht, auf den er sich bezog, kritisierten, war jedoch keineswegs das Ergebnis einer Fehlplanung auf Seiten Senanayakes. In der 'Vermischung' ist die Zusammenfassung verschiedener, miteinander in Bezie-

hung stehender Interessen zu erkennen. Mit einem staatlichen Instrumentarium befriedigte dieses Programm das von der Politik verspürte propagandistische Bedürfnis, ohne eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse soziale Not zu lindern. Das Hauptziel war daher die Wahrung des status quo.

Das Wohlfahrtsmotiv, das hinter der geplanten Maßnahme stand, fand einen noch klareren Ausdruck in der Erwiderung Dudley Senanayakes, Sohn des Ministers und Mitglied im Staatsrat, auf die Rede von N.M.Perera: "Not, Armut und Arbeitslosigkeit in diesem Land sind

fruchtbarer Boden für die Entwicklung und Schaffung von Klassenhaß im Volk. Jede Maßnahme, jede Anstrengung, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lindern, würde ohne Zweifel den Widerstand des ehrenwerten Abgeordneten aus Ruwanwella (dem Wahlkreis von N.M. Perera, d.Red.) hervorrufen."

Zurecht wie Philip Gunawardene darauf hin, daß Reisanbau für Investoren nicht attraktiv sei. Selbst in Zeiten, in denen die Preise in die Höhe schossen - wie es in den Kriegsjahren der Fall war - fand das Kapital den Reisanbau nicht attraktiv genug. Abgesehen von der



16 Den Umsiedlungsprogrammen fällt immer stärker der noch verbleibende Urwald zum Opfer (Foto: Walter Keller)

Frage der Profitrate waren andere Risiken und Unwägbarkeiten dafür verantwortlich. Die Versuche der Regierung, in den frühen 20-er Jahren in großem Umfang Kapital für die Nahrungsmittelproduktion in der Trockenzone aufzubringen, hatten sich als erfolglos herausgestellt. Zwar übernahmen einige Unternehmen Tausende von Hektar Land in der Trockenzone, nachdem die Regierung verschiedene Anreize geschaffen hatte, doch nach kurzer Zeit gaben alle auf. Das Auftreten von Malaria und anderen Krankheiten war unter anderem dafür verantwortlich. Auch die Beschaffung von Arbeitskräften für solche Projekte erwies sich als problematisch. Die Regierung dachte sogar für einige Zeit daran, Arbeitskräfte aus Indien oder den Gefängnissen des Landes zu rekrutieren. Selbst das Elend in den überbevölkerten Dörfern der Feuchtzone war offensichtlich nicht groß genug, um die völlig verarmten Bauern für eine Beschäftigung in der Trockenzone zu gewinnen. Aus Erfahrung wußte man daher, daß Projekte zur Massenproduktion von Nahrungsmitteln nicht durchführbar waren, und eine Chance nur in der Umsiedlung von Bauernfamilien bestand. Auch der Bericht des Landwirtschaftsamtes von 1922 vermerkte, daß die Steigerung der Reiserträge in neuen Anbaugebieten nur durch Kleinproduzenten zu erreichen sei.

Status zurückgewiesen

In einem nicht-industriellen Kontext ist dem landlosen Bauern mit seiner Verankerung in der bäuerlichen Welt trotz seiner Verarmung daran gelegen, Land zu besitzen und seinen verlorenen Status wiederzuerlangen. Deshalb ist für ihn ein Programm, das die Vergabe von Reisland, den Zugang zu Bewässerungssystemen und Wohnmöglichkeiten zum Ziel hat, attraktiv. Nachdem die Lebensbedingungen in der Trockenzone durch Eindämmung der Malaria und die Entwicklung einer grundlegenden Infrastruktur verbessert wurden, suchten Menschen in steigender Zahl in den verschiedenen Siedlungsprojekten Land. Dabei wurde die Vergabe von Grund und Boden unverhohlen zu einer politischen Entscheidung: Es waren die Mitglieder der regierenden Partei die letztendlich die Entscheidung fällten, welchem Siedler Land zugeteilt werden sollte.

Kaum Veränderungen

Im wesentlichen blieb die Politik der Landerschließung und -vergabe seit 1939 unverändert. Veränderungen haben sich lediglich in der Parzellengröße ergeben. Wurden in den 40-er Jahren 2 Hektar Reisland zuzüglich etwas mehr als einem Hektar Land für den Anbau anderer Produkte zur Verfügung gestellt, so werden heute ein Hektar Land plus ein Haus gestellt. Für die bewußte Reduzierung der Parzellenfläche wurden verschiedene Gründe angeführt. Ein Grund hängt mit den Problemen zusammen, die sich aus der Bewirtschaftung einer Farm in Familienarbeit ergeben können. Man glaubte, die frühere Fläche sei zu groß, um von einer Familie bewirtschaftet werden zu können. Ein anderer, einleuchtender Grund ist die Knappheit des verfügbaren Landes in Relation zur steigenden Nachfrage auf Seiten der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, die

wegen der schleppenden Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren anwächst.

Gegenwärtig taucht ein dritter Grund auf: eindeutig wird eine Politik verfolgt, die den Zufluß von Großkapital - einheimisches wie ausländisches - in bestimmte agro-industrielle Bereiche ermutigt. Die weitere Forcierung eines solchen Programms würde eine Verminderung des für die Bauernumsiedlung zur Verfügung stehenden Landes bedeuten. Anscheinend folgt die Verkleinerung der vergebenen Parzellen auch dem allgemeinen Trend der abnehmenden Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe in Sri Lanka, die von 1,32 Hektar im Jahre 1946 auf 0,95 Hektar im Jahre 1973 gefallen ist. Dieser Trend bestätigt einmal mehr die zunehmende Verschlechterung der Relation zwischen Boden und Bevölkerung. Infolge der wachsenden Bevölkerung und angesichts der geringen Aussichten im industriellen Bereich eine Beschäftigung zu finden, sind immer mehr Menschen dazu gezwungen, sich in der Landwirtschaft zu verdingen.

Es dauerte lange Zeit, bis sich das Konzept der beschränkten Vergabe von Land durchsetzte. Die Idee geht auf Kolonialbeamte und den Gouverneur Clifford zurück, der ein fertiges Konzept lieferte. Dies wurde von der 'land commission' (1929) übernommen und auch der Minister für Landwirtschaft und Boden orientierte sich daran. Das Verbot, das Land mit Hypotheken zu belasten sowie seinen Verkauf oder die Parzellierung durch Gesetze zu verbieten wurde offensichtlich vom Wunsch der Regierung getragen, den weiteren Prozess der Besitzersplitterung sowie "unüberlegte Verkäufe" zu verhindern. Beides fand in den traditionellen Dörfern statt. Es war der Versuch, "den Bauern vor sich selbst zu schützen". Die Absurdität eines gesetzlichen Vorgehens gegen einen Prozess, den rein ökonomische Faktoren diktieren, wird von den Kolonialisierungsprogrammen, in denen illegaler Verkauf, Verpfändung, Verpachtung und Parzellierung weit verbreitet sind, reichlich demonstriert.

Das Konzept der "Gleichheit", basierend auf der gleichen Größe der Besitztümer, hatte und hat den Beigeschmack eines agrarischen Populismus, der die Bauernschaft als eine 'Einheit' betrachtet und idealisiert. Tatsächlich sah man in gesetzlichen Verboten das wirkungsvollste Mittel zur Abwehr jeglicher Differenzierungstendenzen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß solch eine Annahme - gelinde gesagt - naiv war (siehe auch: 'Südasiens-Info', Nr. 2/87). Der legalistische Ansatz übersieht gewisse Gesetzmäßigkeiten, die aufgrund von Ungleichheiten in physischer, intellektueller und finanzieller Hinsicht innerhalb einer Gruppe existieren. In diesem Fall manifestieren sich Ungleichheiten - selbst unter Annahme der gleichen Verteilung von Land - in der individuellen wirtschaftlichen Stärke, im Zugang zu Bewässerungsmöglichkeiten und anderen eingesetzten Produktionsmitteln, in verfügbaren Kreditmöglichkeiten, im Marketing und im technischen know-how der Siedler. In der Summe

führen solche Ungleichheiten zu einer Differenzierung, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit dem Beginn der 'Grünen Revolution' und der Modernisierung noch deutlicher geworden ist. Ganz besonders auffällig ist dieser Prozess in den Kolonisierungsprojekten, wo zu den oberen Schichten auch solche Bevölkerungsteile zählen, die ursprünglich keine Siedler waren und die sich illegal Land angeeignet haben. Somit sind Gesetze nutzlos geworden; Statistiken über Größe und Besitzverhältnisse auf der Basis offizieller Dokumente sind deshalb zwangsläufig irreführend.

Die endlose Diskussion über "tragfähige Parzellengrößen" und "den optimalen Landbesitz für eine fünfköpfige Familie", wird in dem aufgezeigten Kontext bedeutungslos. Die wirtschaftlich stärkeren Bauern - und dazu gehören auch solche, die nicht auf ihrem Land leben - setzen alles daran, durch Zupacht, illegalen Kauf und andere ungesetzliche Mittel die von ihnen bewirtschaftete Fläche zu vergrößern. Die ärmeren Farmer, meistens Siedler, sind gezwungen, Land illegal zu verpachten, zu verpfänden oder zu verkaufen, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Andere Bauern in den Kolonisierungsprojekten sind zu Pächtern des Landes geworden, das ihnen ehemals gehörte. Es ist bestens bekannt, daß in den Projekten ein 'illegaler' Markt für Ländereien existiert; die Illegalität der Landtransaktionen schwächt die Verhandlungsposition des Siedlers gegenüber dem Käufer oder Pächter noch weiter. Diese Praxis fördert auch die Korruption unter den Beamten, die nach Angaben der Siedler 'versorgt' werden müssen, damit sie bei illegalen Transaktionen ein Auge zudrücken. Gegenwärtig stellt die Parzellengröße - bei nur begrenzt vorhandenem erschlossenen Land und steigender Nachfrage - ein politisches

Instrument dar. Die Tendenz geht natürlich dahin, eine größtmögliche Zahl von Anhängern der jeweils regierenden Partei mit Land zu versorgen. Was andere Aspekte dieser Maßnahmen angeht, sind vor allem die Auswirkungen der Politik der 'Importsubstitution' und die Verbreitung neuer Technologien bei den Farmen seit den 60-er Jahren erwähnenswert. Vor allem die Propagierung neuer Anbaumethoden war seit etwa 1960 ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahmenpakete der jeweiligen Regierungen zur Unterstützung einer Importsubstitutionspolitik. Andere Maßnahmen umfassten garantierte Abnahmepreise für Reis, ein größeres offizielles Kreditangebot sowie die Subvention von Kunstdünger. Die Entwicklung verschiedener Hohertrags-Reissorten und ihre durchgängige Anwendung bei den Siedlern bedeuteten eine weitere wichtige Veränderung. Ein aussagekräftiger Indikator für die Auswirkung neuer Technologien und der vom Staat geschaffenen Anreize ist der Durchschnittsertrag pro Hektar. Dieser liegt in den neuen Siedlungsprojekten bei 70 'bushel' gegenüber 52 im nationalen Durchschnitt (1 bushel = 35,23 Liter, d.Red.). In den 60er Jahren entschied man sich für eine selektive Strategie, um durch sogenannte Spezialprojekte ('special projects') die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Einige, bereits existierende Projekte wurden für eine 'Offensive' mit besonderen Inputs und überwachtem Management ausgewählt. Diese Spezialprojekte erhielten beträchtliche Finanzhilfe und Expertenbetreuung aus dem Ausland. Insgesamt kann die Zeit nach 1960 als Beginn der 'Modernisierung' der bäuerlichen Landwirtschaft in den Siedlungskolonien angesehen werden.

N. Shanmugaratnam (Übersetzung: Kurt Salentin; Fortsetzung und Schluß in der nächsten Ausgabe 'Südasiens')

Die Linke und die 'nationale Frage', 5. Teil

In der letzten Folge des Beitrages 'Die Linke und die nationale Frage' beschäftigt sich Kumari Jayawardene mit der Zeit nach 1977, ohne dabei jedoch auf ganz aktuelle Entwicklungen einzugehen. Über diese Entwicklungen, den Zusammenschluß der bedeutendsten Linksparteien (CP, LSSP, NSSP) mit der linksliberalen 'Volkspartei' (SLMP) zur 'United Socialist Alliance' (usa) und die Position der Linken zum 'indo-srilankanischen Abkommen' vom Juli 1987 haben wir bereits berichtet (siehe u.a.: 'Südasiens' Nr. 6-7/87, 3-4/88).

Analyse der Jahre nach 1977

Die klare Niederlage der Linksparteien bei den Parlamentswahlen von 1977 leitete ein Periode der Selbstkritik ein - besonders innerhalb der 'Communist Party' (CP) - sowie eine Neubewertung der Politik in der sogenannten nationalen Frage. Im November 1977 brachte die CP ein selbstkritisches Dokument heraus, das einen Überblick über die Strategien der 'Vereinigten Front'

(Koalition aus 'Sri Lanka Freedom Party', 'Communist Party' und 'Lanka Sama Samaja Party') während des vergangenen Jahrzehnts gab. Die dort geäußerten Kritikpunkte wurden auf dem 10. Kongress der CP im März 1978 eingehender diskutiert, die 'Fehler der Linken' detaillierter untersucht. Während der Zusammenschluß zur 'Vereinigten Front' als richtig angesehen wurde,